

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21  
Tagblatthaus.

Schalter-Halle öffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.  
Postfachverteilung: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatthaus“ Nr. 6650-52.  
Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.  
Postfachverteilung: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Legungspreis für beide Ausgaben: M. 1.40 monatlich, M. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag  
Frankfurt a. M. ohne Anzeigerlohn, M. 6.20 vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, aus-  
schließlich Postgebühren. — Bezugs-Bestellungen nehmen außerdem entgegen, in Wiesbaden die Poststelle  
Bismarckring 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in die Provinz: die dortigen Aus-  
gabestellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigenpreis für die Zeile: 50 Pfg. für örtliche Anzeigen, 75 Pfg. für auswärtige Anzeigen; M. 2.50  
für örtliche Anzeigen, M. 3.75 für auswärtige Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme unvor-  
änderlicher Anzeigen entsprechende Nachlässe. — Tages-Anzeigen: Für beide Ausgaben bis 10 Uhr  
mittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen von vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird  
keine Gewähr übernommen.

Verleger: Verleger des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Lühnow 6202 und 6203.

Samstag, 15. November 1919.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 521. — 67. Jahrgang.

## Die Untersuchung der Schuldfrage.

### Erste Zwischenfälle.

(Eigenes Diktat des Wiesbadener Tagblatts.)

W. T.-B. Berlin, 14. November.

An der heutigen vor dem parlamentarischen Unter-  
suchungsausschuss fortgesetzt

### Vernehmung des Vizekanzlers a. D. Dr. Helfferich

setzte lieber auseinander, warum er seine Meinung über  
den Untersuchungsbericht geändert habe und sich  
schließlich für den U-Bootkrieg im Januar 1917 aussprach.  
Die Versorgungsverhältnisse Englands seien infolge der un-  
günstigen Ernte schlechter geworden. Das Wort von der  
Belagerung sei damals auf die Preise für Getreide  
gefallen. Trotzdem England die höchsten Preise bewilligte, ging  
seine Infuhr immer weiter zurück und die Erfolge des  
U-Bootkrieges stellten sich mit der größten Wahrschein-  
lichkeit in Aussicht, daß die Erfolgsberechnungen des General-  
stabes noch übertraffen würden. Nach der englischen Statistik  
war bereits die englische Schiffahrt um 45 Prozent erdrückt,  
und man konnte vom ungeschützten U-Bootkrieg er-  
warten, England noch fähiger an der Welt seiner Wirt-  
schaft zu lassen. Als Bethmann Hollweg mir die Mit-  
teilung über die am 9. Januar in Reich gefallenen Entschei-  
dungen bezüglich des U-Bootkrieges überreichte, war ich auf  
das tiefste erschrocken. Denn ich hielt sie in diesem Augenblick  
für einen Fehler. Mein erster Gedanke war, durch Rücktritt  
von meinem Amte meine Verantwortung für diese Ent-  
scheidung abzulehnen. Ich hatte mir die Frage vorgelassen,  
ob ich bei dem beschlossenen U-Bootkrieg in den Augen der  
Völkerwelt, der eigenen Völker und unserer Feinde  
durch meinen Rücktritt kreditieren sollte, eine Demon-  
stration, die übrigens ganz nutzlos gewesen wäre. Ich wäre  
mir als Verbrecher vornehmend, hätte ich so gehandelt. Ich  
hätte die Schuld auf mich geladen, die ich mit Rücksicht auf  
den Nutzen überlasse, die hier in diesem Hause am 17. Juli der  
Reichstag in den Rücken gefaßt hat. (Große  
Lärmheft der Anwesenden.) Der Vorsitzende weist  
diese Äußerung zurück und bittet nur die Wahl  
und Schmählich zu unterwerfen oder das Wort zu sagen: ein  
weiblicher Frieden oder ein ruhmvoller Untertan. Christ  
aber kann das deutsche Volk nicht werden. Ich würde mich  
in der hier noch vor einer anderen Instanz zu berufen, doch ich  
am 9. Januar der Entscheidung über den U-Bootkrieg wider-  
standen hätte. Ich übernehme vielmehr dafür die moralische  
und politische Mitverantwortung. Die weiteren  
Freiheiten betreffen die Nichtigkeit meiner Auffassung für  
Amerika. Gleichwohl haben wir auch den letzten Versuch  
vom 28. Januar nicht unangenehm gelassen. So erklärt sich  
unser Verhalten nach Amerika vom 20. Januar, daß zu  
seinem Ergebnis geführt hat. Wilson behielt die über-  
mit ihm verhandelten deutschen Friedensbedingungen strein  
für sich so daß wir der Welt weiterhin als Kriegsverlängerer,  
Anzionisten und Völkerverderber galten.

Als Redner in seinen weiteren Ausführungen auf die  
Weise des Reichsministers Dr. David, dem vernehmenden  
Senat betreffend, in der dieser behauptete, daß der Reichstag  
in der Frage des U-Bootkrieges hinter das Licht ge-  
führt sei, während man an Wilson einen klumpen Betrug  
vertraute, und diesen Äußerungen Davids Stellen aus  
Gerards Buch entzwickte, in denen Gerard Bethmann  
Hollweg als einen Mann bezeichnet, mit dem an der Spitze  
Deutschland hätte zum Frieden kommen können, und den die  
ganze Welt kenne und wegen seiner Ehrbarkeit achte,  
entsetzt bei den Ausnahmestellen große Erregung,  
während der Redner Raum Peissl anwert. Der Vorsitzende  
bittet, die Schärfe in der Kritik zu unterlassen, bezeichnet es  
aber weiterhin als zulässig, wenn gegen ein Mitglied der  
jetzigen Regierung, das der früheren Regierung den Vorwurf  
eines klumpen Betruges macht, hier sachlich Stellung  
genommen werde. — Abg. Eohn widerspricht dieser Auf-  
fassung.

Reichsminister Dr. David erklärt, daß er Helfferich die  
Antwort auf seine Äußerung und sachlich vorbringen werde  
Lachen im Redneraum veranlaßt den Vorsitzenden zu  
der Mitteilung, daß, wenn diese Kundgebungen nicht unter-  
bleiben, er zur Räumung schreiten werde.

An seinen weiteren Darlegungen kam Helfferich  
dann noch auf

### Die Wirkungen des U-Bootkrieges

insbesondere auf England zu sprechen, das trotz seiner Re-  
nahmen zur Rettung seiner Produktion eintrat. Er habe  
sich den Gedanken zurückgewiesen, daß der U-Bootkrieg in  
wenigen Monaten zum Erfolg führen müsse, und in be-  
deutendem Gegensatz zu der Festsetzung von Terminen nach am  
31. Januar 1917 den Tag hinzugefügt, daß Garantien  
natürlich nicht übernommen werden könnten. Zum Beweis  
führte, daß er im Reichstag immer auf Englands Fähigkeit  
hinzuweisen habe, verließ der Redner: Sk. 2.1 aus seinen  
Reichstagsreden und führt fort: Es war ja alles in den  
Wind gesprochen, weil die Leute, die heute von Ver-  
trüben sprechen, damals nicht hören wollten. Dabei wies  
er U-Bootkrieg fähig, entlastete unser Meer und trug  
 dazu bei, die Abwehr der feindlichen Offensiven möglich zu  
machen. Aber auch die härteste Waffe wird stumpf, wenn der  
Glaube an sie bei Freund und Feind zerbricht wird. Warum  
kam der U-Bootkrieg nicht zur Entwiklung, warum führte  
er nicht zum Ziele? Weil die U-Bootwaffe von innen her-  
aus immer gemacht wurde. Damit sind die Behauptungen  
Helfferichs beendet und es werden noch einzelne Fragen  
an ihn gestellt.

Reichsminister Dr. David führt aus, wieso der Reichs-  
tag nach seiner Auffassung blind ins Verhängnis ge-  
führt wurde. Wenn er den Dreiecksverhältnis zwischen unseren  
Vorachtern und dem Auswärtigen Amt gekannt hätte, hätte  
er seine Friedenshoffnungen natürlich nicht mehr ge-  
habt. Seine Partei würde damals vielleicht noch zu weiter-  
gehenden Verlässen gekommen sein. So habe der Eindruck  
erweckt werden müssen, daß unsere Diplomatie den Krieg mit  
Amerika geradezu provoziert habe. Das sei eine schwere  
Anklage, die er erhebe. Reichstag und deutsches Volk würden  
sich ganz anders gestellt haben. So sei dieses mit verbunde-  
nen Augen ins Verhängnis geführt worden.

In leidenschaftlicher Erregung wendet sich Bethmann  
Hollweg gegen die Ausführungen des Reichsministers  
David, dessen Anklagen an Schärfe und Schärfe gar nicht  
überboten werden könnten. Er lasse diese Anklagen nicht  
auf sich sitzen und beantrage, daß sich der Ausschuss schleunigst  
dortüber klärend mache, ob er sich der Ansicht des Reichs-  
ministers anschleibe.

Vorsitzender Barmuth: Über die Auffassung des Aus-  
schusses bin ich noch nicht unterrichtet, doch geht meine per-  
sönliche Auffassung dahin, daß es nicht zu den Aufgaben des  
Ausschusses gehört, sich ein Urteil in dieser Richtung zu bil-  
den. Der Ausschuss hat nur Tatsachen festzustellen, wie  
das Herr v. Bethmann Hollweg wiederholt als seine Aufgabe  
bezeichnet hat. Wir können also diesen Appell nicht aufnehmen.  
v. Bethmann Hollweg bittet darauf, wenigstens im  
Namen des Ausschusses festzustellen, daß David nicht im-  
stande sei, diesen solche Ausführungen der Entscheidung des  
Ausschusses irgendwie vorzugreifen. Er bittet, daß das  
mit aller Schärfe erklärt wird.

Reichsminister Dr. David: Den Vorwurf einer unpoli-  
tischen Haltung habe ich in erster Linie an die Adresse des damaligen  
Chefs der Auswärtigen Amt gerichtet. Staatssekretär  
a. D. Zimmermann (spricht errot auf), der am 19. Dezember  
vertraulich mitteilte, daß wir unseren Friedensschritt nur ge-  
macht hätten, um der Friedensaktion Wilsons zuvorzu-  
kommen. Das war ein illoyales Verfahren. (Zimmermann  
ruft sehr errot auf in dieser Weise werden wir  
hier öffentlich angeklagt?) Das Verhalten Zimmermanns ist  
die Grundlage für den Vorwurf einer unpoli-  
tischen Haltung. Ich halte diesen Vorwurf durchaus aufrecht. Daß  
Bethmann Hollweg für seine Verleumdung eine illoyale Politik nicht  
treiben wollte, davon bin ich fest überzeugt. Aber in ihrer Wirkung  
nach Amerika machte diese Politik doch sehr zu wünschen werden.

v. Bethmann Hollweg richtet an den Ausschuss die  
Frage, ob dieser Sach dazu dienen solle, daß Mitglieder der  
Reichsregierung gegen die frühere Regierung vor öffentlich  
die schärfsten Anklagen erheben. — Dr. Helfferich er-  
klärt im Anschluß hieran, daß er diesen Saal ver-  
lassen werde, wenn auf diese Frage keine befriedigende  
Antwort erfolge.

v. Bethmann Hollweg: Ich stehe nicht hier, um  
mir von einem Mitglied der jetzigen Regierung solche Anklagen  
vor aller Öffentlichkeit ins Gesicht zu wälzen. (Neuer  
Beifall im Redneraum.)  
Der Vorsitzende gibt der Auffassung Ausdruck, daß die  
Äußerungen von Dr. David in der Form, wie sie hier gemacht  
wurden, nicht dem Rechnung trage, was tatsächlich Gegenstand  
des ganzen Verfahrens sei. Der Ausschuss werde aber über  
die Frage beraten.

Dr. Zimmermann (sehr errot) erklärt, es über  
glaubt zu haben, daß alle in diesem Saal von der Unpartei-  
lichkeit des Ausschusses so tief durchdrungen seien, daß so etwas  
unmöglich wäre. Wir, fährt Zimmermann fort, müssen also  
andern, was David sagt, ohne daß wir, wie im Parlament,  
das Recht haben sollen, ihm sofort zu antworten. Der Vorwurf  
der illoyalen Politik ist unerhört, ich weise ihn mit aller  
Schärfe zurück.

Darauf setzt sich der Ausschuss zu einer längeren Be-  
ratung zurück, als deren Ergebnis der Vorsitzende folgende  
einstimmig angenommene Erklärung abgibt:

Der Untersuchungsausschuss ist nach der Verfassung ein  
selbständiges Organ zur Untersuchung von Tatsachen. Die  
angewandte Methode der Ergebnisse seiner Unter-  
suchungen kann erst nach der Erörterung des Beweismate-  
rials erfolgen. Vorurteile von Nichtmitgliedern des  
Ausschusses sind deshalb für den Ausschuss nicht maßgebend.  
So weit die Form von den Ausführungen zu Be-  
stimmungen Anlaß gibt, wurden sie aber von dem Vor-  
sitzenden gerügt und werden gegebenenfalls weiter gerügt  
werden.

Gegen Schluß der Sitzung wurde die Frage der ameri-  
kanischen Munitionslieferungen erörtert.  
Helfferich behauptete, die amerikanischen Interessen seien so  
eng mit denen der Entente verbunden gewesen, daß Wilson  
nicht einschreiten sollte. Verstoßes wies darauf hin, daß  
mit der persönlichen Stellungnahme Wilsons die Friedens-  
frage noch nicht erledigt war, denn bei der Wahl war ihm das  
Recht gegeben worden in der Hoffnung, daß man von ihm  
den Frieden erwarte und daß er den Frieden auch wiederher-  
stellen solle. Wir standen der ausgesprochenen Ansicht der  
amerikanischen Völker gegenüber und insolar  
dessen handelt es sich für uns nicht darum, ob Wilson zu-  
verlässig war oder nicht, sondern darum, daß das amerikanische  
Volk diesen Wunsch ausgesprochen hatte.

Helfferich erklärt sich mit den Ausführungen Bern-  
storffs einverstanden, denn sie bestätigten ihm, daß Wilson  
von der amerikanischen Öffentlichkeit und der öffentlichen  
Meinung getrieben wurde. Auch er habe die Vertrauens-  
würdigkeit Wilsons nicht bezweifelt. Helfferich wies schließ-  
lich noch auf die Rose Lansing vom 19. Januar hin,  
daß die deutschen U-Boote sich auf den Kreuzertrieb be-  
schänken sollten und daß dafür Handelschiffe nicht mehr be-  
nötigt werden würden. Dieser Vorschlag hätte, wenn er  
ausgeführt worden wäre, uns den Frieden noch 1916 gebracht.

Die Lansingische Note konnte für diesen Krieg, ja für die  
Weltgeschichte von größter Bedeutung werden.  
Ich gewann die Überzeugung, daß Wilson und Lansing nicht  
immer sehr intim zusammen arbeiteten. Nach Abgang der  
Lansingischen Note vertrieben Wilsons englische Freunde ein  
Gegengewicht zu schaffen und beantragte dazu die Zu-  
spaltung in der „Lusitania“-Frage. Man ver-  
lorste plötzlich von uns, wir sollten die Ungeschicklichkeit der  
Verantwortung zugeben, sonst wäre der Kriegsfuß gegeben.  
Meiner Meinung nach wurde der „Lusitania“-Fall in diesem  
Augenblick nur wieder aufgenommen, um die amerikanischen  
Rede in der Öffentlichkeit zu tönen. Ich bin sehr überzeugt,  
daß Amerika den „Lusitania“-Fall mit Absicht in der Schwebe  
hielt, um ihn nach Belieben jeden Augenblick wieder hervor-  
holen zu können. Wäre Wilson auf den Boden der Lansing-  
schen Vorklage getreten, Millionen von Menschen wäre das  
Leben gerettet worden. — Darauf wurde die Weiterberatung  
auf Samstag vertagt.

### Wichons Londoner Mission.

nz. Paris, 14. Nov. (Havas.) „La Presse de Paris“  
hebt die Bedeutung der Besprechungen hervor, die Wichon  
in London mit den englischen Regierungsmit-  
gliedern hatte. Das Blatt fügt hinzu, daß die wichtigsten  
der in die Beratung gezogenen Fragen folgende sind: 1. die  
Frage der Ratifizierung des Friedensvertrages im ameri-  
kanischen Senat, die man letzten Endes als nicht zweifel-  
haft betrachtet; 2. die Politik der Alliierten in Rußland.  
Weder Frankreich noch England werden neue Opfer bringen,  
um die übrigen noch für mehrere Monate verschonen  
Regierungen, welche gegen die Bolschewisten kämpfen, zu ver-  
sorgen. Dabei werden diese beiden Mächte keine Schritte  
unternehmen, um Unterhandlungen einzuleiten, die geeignet  
wären, den Bolschewismus zu stärken; 3. die Haltung der  
Alliierten gegenüber der Türkei. Die gemeinsame Politik  
Frankreichs und Englands geht dahin, alle nichttürkischen  
Gebiete von der türkischen Herrschaft zu befreien. Die  
gegenwärtige Tendenz ist die, dem gegenwärtigen Sultan  
wahrscheinlich Konstantinopel zu belassen, wobei die otto-  
manische Regierung einer wirksamen und sorgfältigen Kon-  
trolle unterstellt wird, um eine lebensfähige Macht herzu-  
stellen, die jedoch außerhalb ist, über Nachbarn und ihre  
arabischen Untertanen zu schädigen. Bei allen Problemen,  
die besprochen wurden, wurde eine vollständige Überein-  
stimmung der beiderseitigen Regierungen festgestellt.

### Die Schweiz und der Völkerbund.

nz. Bern, 14. Nov. Der Nationalrat sollte seine Debatte  
über den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund fort.  
Bundesrat Colletti trat in längeren Ausführungen für den  
Eintritt der Schweiz in den Völkerbund ein. Er sagte, es  
wäre unzulässig den Eintritt der Schweiz zu verweigern,  
weil gewisse Großmächte im Bund nocherrschten. Dementou  
(Basel) erklärte, daß der Versailler Pakt einen ersten  
Versuch darstelle, die große Idee des Völkerbundes zu ver-  
wirklichen. Kelller (Narzug) erklärte, daß die Schweiz einen  
entscheidenden Schritt nur nach eigenem Empfinden treffen  
dürfe, ohne auf das Ausland Rücksicht zu nehmen. Die  
Schweiz solle sich hüten, in fremde Hände einzutreten.

nz. Berlin, 13. Nov. Aus der Schweiz eingehende Be-  
richte belägen, daß dort eine Vorbereitung in dem  
Sinne bemerkbar ist, die Schweiz von dem Eintritt in den  
Völkerbund abzuhalten. Auch tritt die Behauptung auf,  
daß diese dem Völkerbund entgegenarbeitende Propaganda  
von deutscher Seite gefördert werde. Die deutsche Regie-  
rung hat Wert darauf, zu erklären, daß sie dieser Be-  
wegung fernstehe, welche den Eintritt der Schweiz in  
den Völkerbund zu verhindern suche. Die deutsche Regierung  
steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Ausbau des  
Völkerbundes durch den Beitritt der ihm zurzeit noch nicht  
angehörigen Regierungen gefördert werden müsse.

### Der Kanal-Tunnel.

nz. Amsterdam, 13. Nov. Der „Telegraaf“ meldet aus  
London: Lord George erklärte einer Abordnung von Parla-  
mentariermitgliedern, daß die politischen Bedenken gegen den  
Bau des Kanal-Tunnels beseitigt und daß alle Minister da-  
für seien. Er forderte das Kriegsamt auf, eine Denkschrift  
über die militärische Seite dieser Frage vorzulegen.

## Deutschland.

### Die bayerischen Gesandtschaften.

nz. München, 13. Nov. Das Ministerium des Auswärtigen  
ließ dem Landtag den Entwurf einer Verordnung über  
die Aufhebung der bayerischen Gesandtschaft in Dresden  
und Stuttgart zugehen. Die Entscheidung über den Fort-  
bestand der bayerischen Gesandtschaft in Berlin wird bei  
den kommenden Landtagsverhandlungen fallen.

### Dreyenbüchle Wahlen.

Br. Königsberg, 14. Nov. (Hav. Drohtbericht.) Die jetzt ab-  
geschlossenen Wahlen zum ostpreussischen Provinzial-  
landtag ergaben: Sozialdemokraten 17, Demokraten 9, Zentrum  
8, Deutschnationale 31, Deutsche Volkspartei 3, nach rechts neigende  
Partei 9, Unabhängige 2, Polen 1, Litauen 1. Den 34 Man-  
daten der Regierungsparteien stehen also 48 Dize der Rechts-  
parteien gegenüber.

### Keine Streikluft in Oberschlesien.

nz. Berlin, 14. Nov. In einem Bericht über die Wirt-  
schaftslage in Oberschlesien wird von unrichtigster Seite  
heute geschrieben, daß die Arbeiterschaft im ober-schlesischen  
Bergbau keine Anzeichen von Streikluft zeige.









